

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuss

17. WP - 22. Sitzung

Europaausschuss

17. WP - 16. Sitzung

am Mittwoch, dem 22. September 2010, 11:30 Uhr,
in Sitzungszimmer 122 des Landtags

Anwesende Abgeordnete des Finanzausschusses

Peter Sönnichsen (CDU) Vorsitzender
Astrid Damerow (CDU)
Tobias Koch (CDU)
Hans Hinrich Neve (CDU)
Peter Sönnichsen (CDU)
Regina Poersch (SPD) i. V. von Olaf Schulze
Jürgen Weber (SPD)
Oliver Kumbartzky (FDP)
Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Ulrich Schippels (DIE LINKE)

Weitere Abgeordnete

Serpil Midyatli (SPD)
Dr. Kai Dolgner (SPD)
Dr. Robert Habeck (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Anwesende Abgeordnete des Europaausschusses

Bernd Voß (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Vorsitzender
Hauke Göttsch (CDU)
Niclas Herbst (CDU)
Markus Matthießen (CDU)
Heiner Rickers (CDU)
Anette Langner (SPD)
Birte Pauls (SPD)
Jens-Uwe Dankert (FDP)
Kirstin Funke (FDP)
Anke Spoorendonk

Weitere Abgeordnete

Ulrich Schippels (DIE LINKE)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Entwurf eines Haushaltsgesetzes zum Haushaltsplan 2011/2012 und Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes zum Haushaltsplan 2011/2012	5
Gesetzentwürfe der Landesregierung Drucksachen 17/740 und 17/741	
<ul style="list-style-type: none">• Einzelplan 03 - Ministerpräsident, Staatskanzlei• Kapitel 12 03 - Hochbaumaßnahmen Staatskanzlei	
2. Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlamentes und des Rates über Einlagensicherungssysteme (Neufassung) (KOM (2010) 368 endg.)	8
Umdruck 17/1215	

Der Vorsitzende des Finanzausschusses, Abg. Sönnichsen, eröffnet die gemeinsame Sitzung um 11:35 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Entwurf eines Haushaltgesetzes zum Haushaltsplan 2011/2012 und Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes zum Haushaltsplan 2011/2012

Gesetzentwürfe der Landesregierung
Drucksachen 17/740 und 17/741

a) Einzelplan 03 - Ministerpräsident, Staatskanzlei

Zunächst führt St Dr. Wulff in den Einzelplan 03 ein (siehe Anlage 1). St Maurus setzt diese Einführung mit Erläuterungen zu Kapitel 0311 - Europaangelegenheiten, Staatskanzlei - fort (siehe Anlage 2).

Zu Titel 684 03 interessiert Abg. Langner, warum die Ausgaben geringer seien, als nach dem Sollwert möglich gewesen wäre. - St Dr. Wulff erläutert, dass es sich dabei um den Verfügungsfonds des Ministerpräsidenten handle und dieser mit den Mittel restriktiv umgehe. So werde nicht jeder Antrag auf Zuwendung positiv beschieden.

Auf eine Frage der Abg. Heinold, zu den Auswirkungen von Tariferhöhungen auf das Gehalt des Ministerpräsidenten in den Jahren 2011 und 2012 sagt St Dr. Wulff zu, eine eventuell fehlende Berücksichtigung dieser Tariferhöhungen schriftlich nachzureichen beziehungsweise über die Nachschiebeliste zu korrigieren.

Zu Kapitel 03 11 - Europaangelegenheiten - zeigt sich Abg. Langner verwundert über eine Kürzung in Höhe von über 66 % bei den europäischen Institutionen. Auch im Hinblick auf das bestehende ehrenamtliche Engagement zeigt sie sich besorgt darüber, dass die Organisationen ihre Arbeit nicht fortsetzen könnten. - St Maurus betont, dass die Landesregierung sich entschieden habe, darauf zu setzen, dass die Organisationen selbst mehr Mittel akquirieren. Dabei werde die Arbeit, zum Beispiel der Europa-Union, durchaus geschätzt, vor allem zur Stärkung des europäischen Bewusstseins im Land. Seiner Ansicht nach könne das Problem nur gelöst werden, indem man bei der Europa-Union ähnlichen Weg gehe wie bei der Academia Baltica, indem man vorhandene hauptamtliche Strukturen mit anderen Organisationen

verknüpfe, um so Organisationskräfte zu erhalten und Synergieeffekte zu nutzen. Bei der Academia Baltica zeichnete sich eine Kooperation mit der Akademie in Sankelmark ab, wobei jedoch die Unabhängigkeit der Academia Baltica bestehen bleiben solle.

Auf eine Frage des Abg. Herbst zur Möglichkeit, dass Kofinanzierungsmittel der Europäischen Union für die auch von der Europa-Union betreuten EUROPE DIRECT-Relais verloren gehen könnten, betont St Maurus, dass dies auch schon früher in vergleichbaren Situationen nicht geschehen sei und man sich bemühe, die Mittel der Europäischen Union im Land zu binden.

Auf eine Frage der Abg. Spoorendonk zu Auswirkungen von Kürzungen bei der Academia Baltica auf das Projekt Ostseegeschichtsbuch führt St Maurus aus, dass die geplanten Kürzungen keine Auswirkungen hätten. Die Situation habe sich jedoch insofern geändert als das INTERREG-Ranking für das Projekt verhältnismäßig niedrig sei. Möglicherweise werde man anderen Projekten, die ebenfalls zur Schaffung einer Ostseeidentität führen könnten, mehr Vorrang einräumen.

Im Hinblick auf die Arbeit der Academia Baltica bittet Abg. Langner, die Landesregierung, das Parlament zeitnah über ein fertiges Konzept zu unterrichten. Aus ihrer Sicht dürfe das durch die Academia Baltica unterhaltene Netzwerk im Ostseeraum nicht gefährdet werden.

Abg. Langner betont, dass ihrer Ansicht nach in der Tat eine Möglichkeit darin bestehe, Projekte durch INTERREG-Mittel zu finanzieren. Allerdings bestehe die Gefahr, dass kleine, innovative Projekte, die keine Möglichkeit hätten, Kofinanzierungsmittel einzuwerben, dann in Zukunft nicht mehr gefördert würden. - St Maurus betont, dass es aus Sicht der Landesregierung fraglich sei, ob die mit verhältnismäßig hohem Personalaufwand verbundenen kleinen Projekte so effektiv seien. In vielen Fällen bewege sich die Förderung im vierstelligen Bereich, sei aber insgesamt kostenintensiv und vom Ergebnis her fraglich. Zudem gebe es auch die Möglichkeit, viele der Projekte auch aus anderen Haushaltstiteln zu fördern. Die Schwerpunktsetzung der Landesregierung sehe vor, sich auf große Projekte zu konzentrieren, deren nachhaltige Wirkung feststehe.

Auf eine Frage der Abg. Spoorendonk zur Förderung des Nordischen Informationskontors, die eine Drittförderung sei, betont St Maurus, dass ein Gespräch über die Kürzung terminiert sei. Die seit dem Jahr 2000 zur Verfügung gestellte Förderung in Höhe von 5.100 € sei als Fehlbedarfsfinanzierung gewährt worden. Seit 2009 gebe es jedoch Anzeichen dafür, dass das Informationskontor einen Gewinn erwirtschaftete. Dies solle in dem erwähnten Gespräch thematisiert werden. Im Anschluss daran könne gegebenenfalls über die Nachschiebeliste

nachgesteuert werden. Zusammenfassend betont St Maurus noch einmal, dass die angesprochenen geringen Fördersummen aus Sicht der Landesregierung weniger dazu geeignet seien, Europapolitik voranzubringen, als größere, nachhaltigere Projekte. Dies stehe auch eher im Einklang mit den Förderrichtlinien der Europäischen Union.

Auf eine Anmerkung von Abg. Langner, dass ihrer Ansicht nach Austauschprogramme von Schulen und Universitäten im europäischen Raum durchaus nachhaltig seien, betont St Maurus, dass es möglich sei, dies auch aus anderen Programmen, zum Beispiel dem Programm „Lebenlanges Lernen“, zu fördern. Sollte der Gesetzgeber darüber hinaus die Notwendigkeit sehen, die Förderung zu erhalten, stehe es ihm frei, dies so einzurichten. Die Aufgabe der Landesregierung bestehe bei den zukünftig schwerpunktmäßig weiter zu fördernden größeren Projekten besonders darin, die Antragssteller zu beraten und die Abwicklung des Projekts zu kontrollieren.

Abg. Dr. Dolgner betont noch einmal die aus seiner Sicht große Nachhaltigkeit von Austauschprojekten.

Punkt 2 der Tagesordnung:

**Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlamentes und des Rates
über Einlagensicherungssysteme (Neufassung) (KOM (2010) 368 endg.)**

Umdruck 17/1215

Einleitend trägt St Maurus die Schwerpunkte aus Umdruck 17/1215 vor. Zusammenfassend betont er, dass man vonseiten der Landesregierung eine Verletzung des Subsidiaritätsprinzips konstatiere. Sollte die Europäische Union nach einer Subsidiaritätsrüge ihre Pläne diesbezüglich nicht ändern, könne gegebenenfalls die Möglichkeit erwogen werden, eine Subsidiaritätsklage anzustrengen.

Abg. Langner betont, dass ein europaweit starkes Einlagensicherungssystem auf hohem Niveau durchaus wünschenswert sei. Jedoch dürfe aus Sicht der SPD-Fraktion das noch höher absichernde deutsche System nicht verpflichtend abgeschafft werden, sondern es müsse die Möglichkeit geben, an diesem höheren Schutzniveau nach wie vor festzuhalten. Sie begrüßt die Initiative der Landesregierung, eine Subsidiaritätsrüge des Bundes zu unterstützen.

Abg. Dr. Habeck unterstützt die Initiative ebenfalls.

Abg. Spoorendonk und Abg. Schippels zeigen sich verwundert darüber, dass das bestehende deutsche System bei den Richtlinienentwurf offenbar nicht berücksichtigt worden sei.

Europausschuss und Finanzausschuss beschließen einstimmig, die Landesregierung in ihrer vorgetragenen Positionierung zu unterstützen.

Der Vorsitzende, Abg. Sönnichsen, schließt die Sitzung um 12:50 Uhr.

gez. Peter Sönnichsen
Vorsitzender

gez. Thomas Wagner
Geschäfts- und Protokollführer

Anlage 1 - Sprechzettel Einzelplan 03

StK 14

Stand: 21. September 2010

Sprechzettel

für die Beratung des Doppelhaushalts 2011 / 2012 – Einzelplan 03 – Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein – Staatskanzlei – in der Sitzung des Finanzausschusses am 22. September 2010, ca. 11:30 h, Raum 122

(Allgemein und Kapitel 0301)

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

der Haushalt des Ministerpräsidenten steigt mit dem Haushalt **2011** von rd. 15,2 Mio. € (2010) auf rd. 21,4 Mio. €, also um 6,2 Mio. € oder rd. 40 %.

Für **2012** liest sich das noch krasser; dort steigen die Ausgaben sogar um 8,6 Mio. € oder rd. 63 %. Dabei entfallen auf das Projekt „KoPers“ Ausgaben in Höhe von 6,4 Mio. € (2011) und 9,3 Mio. € (2012).)

Die Steigerungen gegenüber den Ist-Ausgaben **2009** ergeben sich ausschließlich durch Veränderungen in der Organisationsstruktur der Landesregierung nach der Regierungsbildung bzw. einer Verlagerung der Haushaltsansätze in den Einzelplänen.

Die Landesregierung hat entschieden, - vergleichbar dem Verfahren in der FHH - die Mittel für das **Projekt „Kooperation Personaldienste Schleswig-Holstein und Freie und Hansestadt Hamburg“ („KoPers“)** aus dem Einzelplan 11 in den Einzelplan 03 zu verlagern. Die unterschiedlichen Ansätze in 2011 und 2012 hängen mit den unterschiedlichen Bedarfen in den einzelnen Projektphasen zusammen.

Daneben ist die ressortübergreifende Aufgabe **„Ausbildung, Umschulung und Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter“** vom Innenministerium auf die Staatskanzlei übergegangen. Hier liegen die veranschlagten Ausgaben in 2011 bei 2,7 Mio. € und in 2012 bei 2,5 Mio. €.

Darüber hinaus wirken sich die veränderten Zuständigkeiten für die Bereiche Kultur (künftig Einzelplan 07) und Europa (Neu Einzelplan 03) auf die Haushaltsansätze aus.

Ein Blick in den Haushalt zeigt aber auch, dass im Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten ebenfalls konsequent gekürzt und die Vorgaben der Haushaltsstrukturkommission erfüllt worden sind:

Zum Personal - Stellenentwicklung und Budget -:

Bei den Personalausgaben werden im Epl. 03 ohne das Projekt KoPers bis 2012 rd. 650 T€ eingespart. Damit werden entsprechend der Struktur des Haushalts die Einsparungen im Budget I schwerpunktmäßig aus den Personaltiteln erbracht.

Mit Perspektive auf das Jahr 2020 geht die StK zum gegenwärtigen Zeitpunkt davon aus, dass die Einsparbeträge und Stellenkürzungen im Rahmen des Konsolidierungspfades durch Altersabgänge und sonstige frei werdende Stellen erreicht werden.

Zum Sachhaushalt:

Der größte Teil der Haushaltsansätze hat Kürzungen erfahren, vom Geschäftsbedarf über Gerätemieten, Sachverständigenkosten, Reisekosten und Repräsentationsmittel bis zu den Ausgaben für die Zukunftsentwicklung des Landes Schleswig-Holstein. Zusätzlich veranschlagt sind die Kosten im Zusammenhang mit dem Vorsitz der Ministerpräsidentenkonferenz 2011 / 2012 in Höhe von 270 T€ (2011) und 130 T€ (2012).

Zu den Zuwendungen:

Kürzungen im Sozialfonds und im Verfügungsfonds, Streichung der Zuwendungen für den Schleswig-Holstein-Tag und die Veranstaltungen des Segelsports.

„KoPers“

Mit Umdruck 17/528 hatte ich dem FinA im April 2010 einen Sachstandbericht zum KoPers-Projekt übermittelt. Dieser wird - entsprechend dem Wunsch des FinA - derzeit fortgeschrieben und erreicht Sie demnächst in schriftlicher Form.

Gestatten Sie dennoch vorgreifend folgende inhaltlichen Anmerkungen:

- das Vergabeverfahren läuft nach wie vor im Zeitplan, zum 20.9.2010 haben vier Bieter überarbeitete Angebote eingereicht, die jetzt gemeinsam mit Hamburg ausgewertet werden. Verfahrensverzögerungen sind derzeit nicht ersichtlich; zum Ende Oktober 2010 wird die Bieteranzahl auf drei reduziert werden.

- das Vergabeverfahren bestätigt die Notwendigkeit der veranschlagten Personalausstattung für das Einführungsprojekt ab 2011.

- es arbeiten derzeit (Stand 15.9.2010) 23 Personen bei KoPers; damit konnte die Zusage der Landesregierung zur Personalausstattung des gemeinsamen Projektes ggü. Hamburg eingehalten werden.

Erst aus der Auswertung der überarbeiteten Angebote heraus wird es möglich sein, finale Preisverhandlungen mit den verbleibenden Bietern zu führen, um die wirtschaftlichste Lösung zu identifizieren und den Zuschlag im nächsten Jahr zu erteilen.

Anlage 2 - Sprechzettel Einzelplan 03

Kst-E1 i.V.

Stand: 20. September 2010

Sprechzettel

für die Beratung des Doppelhaushalts 2011 / 2012 – Einzelplan 03 – Kap. 0311 Europaangelegenheiten – Staatskanzlei – in der Sitzung des Finanzausschusses am 22. September 2010, ca. 11:30 h, Raum 122

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

auch der Europa-Bereich ist wie die anderen Ressorts an die Vorgaben des Haushaltsaufstellungserlasses gebunden d.h. prozentual ab 2011 je 15 % einzusparen.

Der Bereich der Europaangelegenheiten leistet seinen Sparbeitrag und erfüllt konsequent die Vorgaben der Haushaltsstrukturkommission.

Ein großer Teil der Haushaltsansätze im Europabereich hat Kürzungen erfahren, so z.B. die Aufwendungen für die Förderung des internationalen Austausches von Praktikanten und Hospitanten oder auch die Förderung ostseepolitischer Aktivitäten.

So ist der Verzicht auf die Fortführung der **Förderung ostseepolitischer Aktivitäten** aus dem Titel 03 11 686 05 ein Beitrag zur Haushaltskonsolidierung. Es gab hier bisher eine überproportional hohe Nachfrage nach Fördermitteln von sehr kleinen Partnerschaftsprojekten. Der Personalaufwand für die Prüfung der Projektanträge, die Begleitung der Umsetzung der Projekte sowie die Prüfung der ordnungsgemäßen Verwendung der Mittel ist unverhältnismäßig hoch. Die Zielerreichung und die geforderte Nachhaltigkeit stehen bei derartigen kleinen Projekten in der Regel in Frage. Die Landesregierung beabsichtigt von daher mehr Aktivitäten in INTERREG IV B Programme (EU-Mittel Gesamtvolumen Ostseeprogramm: 208 Mio. 2007 – 2013) zu initiieren.

Mit der Streichung der **Förderung des internationalen Austausches von Praktikanten und Hospitanten** (Titel 0311 684 07) gibt es einen weiteren Sparbeitrag.

Seit 2007 gibt es nunmehr von der Europäischen Kommission das Förderprogramm „Lebenslanges Lernen“ (Förderung von Schülern, Studenten, Auszubildenden und Erwachsenen im Rahmen von Comenius, Leonardo Da Vinci, Erasmus und Grundtvig). Die Förderperiode läuft noch bis 2013. Nach derzeitigem Stand ist davon auszugehen, dass das Programm in der nächsten Förderperiode fortgeführt wird. Da die Fördermöglichkeiten durch das Programm „Lebenslanges Lernen“ zwischenzeitlich weitgehend bekannt sind, kann sich das Land künftig aus dieser Aufgabe zurückziehen.

Bei der Frage wie wir weiter einsparen können sind wir zu dem Schluss gekommen, dass der geforderte Sparbetrag vom Bereich Europaangelegenheiten **nur** durch eine **Kürzung bei den Kosten für die institutionelle Förderung** erbracht werden kann.

Es waren daher an zwei Stellen wesentliche Kürzungen nicht zu vermeiden: zum einen bei der **institutionellen Förderung der Academia Baltica** (Titel 03 11 684 09) und zum anderen bei der **institutionellen Förderung für die Organisation europapolitischer Kommunikations- und Zielgruppenarbeit des Landes** (Titel 03 11 684 06).

Es ist dabei keine Frage, dass die Haushaltskürzungen von bisher 120 T€ pro Jahr auf nunmehr 60 T€ für 2011 bzw. 50 T€ für 2012 einen Einschnitt für die Arbeit der **Academia Baltica** darstellen. Die Landesregierung setzt sich daher derzeit dafür ein, den Fortbestand der Academia Baltica durch eine **Kooperation oder Fusion** mit den ebenfalls im Bereich der Ostseekooperation tätigen Einrichtungen/ Organisationen wie z.B. dem **Deutschen Grenzverein** e.V. zu sichern.

Auch die Kürzung von noch bisher 75,0 T€ im Jahr 2010 auf nunmehr 50,0 T€ für 2011 bzw. 25,0 T€ für 2012 bei der **institutionellen Förderung für die Organisation europapolitischer Kommunikations- und Zielgruppenarbeit des Landes** ist ein Einschnitt. Es ist aber davon auszugehen, dass weiterhin eine Kooperation der Landesregierung mit den Trägern der europapolitischen Kommunikations- und Zielgruppenarbeit möglich ist. (so z. B. die Durchführung der jährlich wiederkehrenden Europawoche, gemeinsame Aktivitäten z. B. auf dem Schleswig-Holstein-Tag und den schleswig-holsteinischen Messen, europapolitische Informations- und Diskussionsveranstaltungen). Durch die schrittweise Reduzierung der institutionellen Förderung werden die Einrichtungen zudem angehalten, sich durch Kooperationen neu zu strukturieren, Synergien auszuschöpfen und neue Finanzierungsquellen zu erschließen.

Hanse-Office

Die Mittel des Hanse-Office für das Haushaltsjahr 2010 liegen im Ansatz nur unwesentlich niedriger als im Vorjahr (2.100 €).

Die für 2010 gebildete Haushaltsrücklage in Höhe von 10.000 € wurde nicht in Anspruch genommen, weil die für den 16. September 2010 geplante 25-Jahr-Feier wegen der notwendigen massiven Einsparungen abgesagt werden musste. Die Mittel fließen anteilig in die Haushalte der Länder Schleswig-Holstein und Hamburg zurück.

Sollten die bis dato gültigen allgemeinen Bewirtschaftungsbeschränkungen gem. Ziffer 4.1 des Haushaltserlasses 2010 bis zum Ende des Haushaltsjahres aufrechterhalten werden, werden die Haushaltsmittel des Hanse-Office im Bereich der Sachausgaben voraussichtlich weitgehend ausgeschöpft werden.

Die Personalkosten bleiben wegen verschiedener Entwicklungen dagegen voraussichtlich unter dem Ansatz.

Aufgrund der Haushaltslage sowohl in Schleswig-Holstein als auch in Hamburg und den damit verbundenen notwendigen Sparmaßnahmen wurden im Entwurf des Doppelhaushaltes 2011/2012 Kürzungen in Höhe von 2 bzw. 3 % des Gesamthaushalts angemeldet. Die Kürzungen betreffen sowohl die Sach- als auch die Personalausgaben.

Vertretung des Landes Schleswig-Holstein beim Bund in Berlin - Kapitel 0302 -

Die für den Einzelplan 03 vorgetragenen Einsparbemühungen werden durch das Kapitel 0302 nachhaltig unterstützt.

So sinken die Personalausgaben seit 2007 kontinuierlich von 1.529,0 T€ auf voraussichtlich 1.437,0 T€ im Jahre 2012; damit einher geht ein durch allmählich eintretenden Altersabgang begünstigter Stellenabbau und eine stetige Rationalisierung der Verwaltungs- und Verfahrensabläufe.

So sind die sächlichen Ausgaben der Landesvertretung seit Eröffnung im Jahre 2001 nahezu konstant geblieben. Dabei verdient besondere Beachtung, dass die Liegenschaft in Berlin auf Basis einer zwischen den Ländern SH, NI, RP und SL geschlossenen Kooperationsvereinbarung unterhalten wird. Hieraus ergeben sich in bestimmten Bereichen (gemeinsame Technik, Gartenpflege etc.) kaum Einsparmöglichkeiten.

Die rasanten Kostensteigerungen der durch Veranstaltungsaufgaben veranlassten Energieverbräuche sowie die Inflationsraten wurden durch Rationalisierungen in allen Bereichen aufgefangen.

Lediglich im Bereich der Repräsentationsaufgaben wird bis 2012 eine Steigerung der Ausgaben von 110.0 T€ auf 120.0 T€ eintreten. Dies entspricht dem Wunsch der Landesregierung, das Schaufenster des Landes in Berlin noch intensiver für die dringend notwendige Lobbyarbeit im Interesse Schleswig-Holsteins zur Geltung zu bringen. Zur Erinnerung sei darauf hingewiesen, dass im Jahr 2009 222 Veranstaltungen mit 34.6 T Besuchern stattfanden. Diese beträchtliche Multiplikatorenwirkung soll ausgeweitet werden.